

nicht, daß es im Allgemeinen Beruf des Staates ist, gerade in Bezug auf die landwirthschaftliche Industrie größere Mittel für ihre Unterstützung zu verlangen; ich glaube, daß es mehr Sache der Privaten ist, mehr der einzelnen individuellen Thätigkeit überlassen werden muß, auf diesem Gebiete fördernd vorzugehen. In einem Staate, wo die Landwirthschaft und Industrie noch vollständig in der Kindheit begriffen sind, mag es unbedingt Pflicht des Staates und Beruf desselben sein, in dieser Beziehung thätig vorzugehen, die Initiative in dieser Beziehung zu ergreifen. Wo aber, wie hier in Sachsen, die landwirthschaftliche Industrie auf einer so hohen Stufe der Vollkommenheit steht und diesen hohen Standpunkte größtentheils durch ihre eigene Thätigkeit sich erworben hat, so halte ich es nicht mehr für dringend nöthig, daß von Seiten des Staates so große Summen für diese Zwecke bewilligt werden. Es dürfte übrigens schwer sein, wollte man einmal eine größere Staatshilfe beanspruchen, die richtige Grenze hierfür zu finden, und selbst die Vermehrung der Summe um 10,000 Thlr. für die Landwirthschaft und Industrie könnte immerhin noch nicht als genügend angesehen werden. Würde die Hohe Staatsregierung es für wirklich so dringend erachtet haben, wegen der inzwischen eingetretenen besonderen Erfordernisse, wie dies z. B. der Herr Referent in Betreff der Bremer Ausstellung erwähnt hat, noch eine bedeutende Erhöhung zu beanspruchen, so würde, glaube ich, wohl die Hohe Staatsregierung zu dem Entschluß gekommen sein, ein Nachpostulat zu fordern. Ich kann, wie gesagt, die Gründe des Herrn Referenten nicht für so dringend halten, um diese Erhöhung Angesichts der ohnedies so hochgestiegenen Forderungen des Departements des Innern vollkommen rechtfertigen zu können.

Präsident Müller: Für die Majorität der Deputation war diese Frage eine Finanzfrage. Sie mußte davon ausgehen, das Princip, was sie einmal aufgestellt hat, über das Regierungspostulat nur in einzelnen Nothfällen hinauszuweisen, auch hier festzuhalten, und wir werden in aller nächster Zeit noch Gelegenheit haben, Ihnen in dieser Beziehung noch weitere Mittheilungen zu machen und darauf hinzuweisen, wie nothwendig es sein wird für die Folge und wie nothwendig es bis jetzt gewesen sein würde, diesen Grundsatz festzuhalten. Unsere Finanzen, wenn wir sie im Gleichgewicht halten wollen, müssen unbedingt mit den Einnahmen und Ausgaben in ein richtiges Verhältniß gestellt und es muß darauf gehalten werden, daß die Posten möglichst unangetastet bleiben, wie sie von der Regierung eingestellt worden sind. Es ist immerhin eine sehr unangenehme und mißliche Sache, sich darüber zu verbreiten, ob die Landwirthschaft oder die Industrie mehr begünstigt sei. Ich vermeide es, darauf einzugehen. Ich glaube, die Staatsregierung hat beiden Zweigen ihre Aufmerksamkeit im höchsten Grade zugewendet, ohne die eine oder andere

Branche zu bevorzugen. Es wird dies auch von keiner Seite verlangt werden; denn sie greifen beiderseitig in einander ein und das, was für den einen geschieht, kommt auch dem andern zu gute.

Wird dem großen Ganzen genügt, so wird auch dem Einzelnen genügt. Der Beweis dafür ist, daß mit Hebung der Industrie sich auch die Landwirthschaft mitgehoben hat, und ich habe noch nicht gehört, daß Sachsen in dieser Beziehung hinter anderen Ländern zurücksteht und sich zu schämen hat. Ich glaube, daß unsere Landwirthschaft auf einem so hohen Punkte steht, daß manche Fremde, die hierher kommen und den Stand derselben sehen, uns darum beneiden.

Wir konnten also in der Deputationsmajorität durchaus nicht zugeben, daß der Grundsatz, der von dem Herrn Minoritätsvotanten aufgestellt worden ist, richtig sei. Er weist hauptsächlich darauf hin, daß für die Industrie alles Dasjenige, was für Ausstellungszwecke ausgegeben worden ist, nur der Industrie zu Gute komme. Auch das ist falsch, es kommt auch der Landwirthschaft zu Gute, kurz und gut, alle Ausgaben, die man für die Landwirthschaft oder für die Industrie macht, kommen dem ganzen Lande zu Gute. Ich könnte eine ganze Menge von Dingen aufzählen, namentlich, wenn man den Rechenschaftsbericht hernimmt, wo Ausgaben gemacht werden, von denen man ganz bestimmt behaupten könnte, sie sind einzig und allein für die Landwirthschaft gemacht worden. Es wird uns nicht einfallen, das zu thun, es wird uns nicht einfallen, zu sagen: wir haben erst kürzlich eine ungeheuerere Summe bewilligt für die Universität zu Leipzig zu Beförderung landwirthschaftlicher Zwecke. Wir haben geglaubt, es ist nothwendig, es muß geschehen, und wir fragen nicht danach, kommt es mehr auf Rechnung des einen oder des andern Theiles. Aber gegen das Princip des Herrn Minoritätsvotanten müssen wir uns entschieden aussprechen. Hätte man Anträge gestellt und der Staatsregierung zur Erwägung anheimgegeben, ob sie es wirklich so für nothwendig findet, für die nächste Finanzperiode höhere Sätze einzustellen, so würden wir diesen Anträgen jedenfalls zugestimmt haben. Allein diese gewaltsamen Erhöhungen, welche auf einem Compromiß beruhen und welche man auch dem Einen gab, wenn man sie auch den Andern bewilligte, konnten wir nicht billigen. Das mußte unsrerseits entschieden deprecirt werden. Ich hätte für meine Person dieselbe Veranlassung, wie mein geehrter Herr Nachbar, ich könnte eintreten für die Gewährung von 10,000 Thlrn. für die Industrie. Ich halte es aber für nicht nothwendig aus dem Grunde, weil 10,000 Thlr. äußerst wenig ist und die Regierung nicht wissen wird, wohin sie die 10,000 Thlr. thun soll; denn sie kann etwas Großes nicht damit anfangen und mithin nur wenig damit nützen. Ich stimme aus principiellen Rücksichten dagegen und bitte die Hohe Kammer, diese Erhöhung des Postulates abzulehnen im Interesse